

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Welchen Weg zeigt die Sozialdemokratie?

Der „Vorwärts“ hatte es in einem Leitartikel als Gewissheit hingestellt, daß die Nationalversammlung die Sozialdemokratie als Partei der Mehrheit, als die vom Volke erwählte Führerin in schwerer Zeit bestätigen werde. Daß der „Vorwärts“ sich diese Vorwärtshorbeeren zu früh gespendet hat, hat der Ausschall der Nationalwahlen gezeigt. Im übrigen ist eine Betrachtung nicht uninteressant, welche der Münchener Nationalkongress Gerlich in den „Süddeutschen Monatsheften“ anstellt:

Welchen Weg zeigt die Sozialdemokratie? Welchen Weg führt von dem „Alten System“, „auf dessen Berg von Scherben, wenns Götter gäbe, ein Gott selbst nicht mehr Frucht zu ziehen vermöchte?“ Was war das „Alte System“, worin unterscheiden sich beide voneinander? Das „Alte System“, wer könnte es bestreiten, wollte auch das Glück und die Wohlfahrt seines unter ihm sich beugenden Landes. Seine Träger waren die Fürsten, die aufgeklärten Despoten, seine Schöpfer waren Friedrich II. und Josef II., seine höchsten Vollender Wilhelm I. und Bismarck. „Jedem Deutschen Sonntag sein Huhn im Topf“, war des großen Kanzlers Ziel für die Massen. „Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen“, war der begeisterte Wunsch des schwächsten aller aufgeklärten Hohenollern-Despoten, Wilhelm II. Glücklich wollten sie alle Menschen ihres Volkes machen, noch mehr, „der aufgeklärte Fürst des 18. Jahrhunderts verlangte von uns Untertanen“, ruft Gerlich aus, „daß wir glücklich werden, aber wir wollten das Glück von seiner Hand als Geschenk nehmen, und wir sollten uns in der Lebensform glücklich fühlen, die er für richtig hielt.“ Das „Alte System“ diktierte uns das Glück, wollte eine Diktatur des Glückes für uns, und der eifrigste „Diktator“ dieses Untertanenglückes war zweifellos Wilhelm II. Wider unsern Willen versuchte er, wie seine größeren Vorgänger, uns glücklich zu machen, und er begriff genau so wenig wie seine Vorgänger, wenn viele von uns sich gegen seinen Zwang zu unserem Glück auflehnten.

„Was will das „Neue System“, der Sozialismus, den der Vorwärts predigt? Auch er will uns glücklich machen in der Weise, wie er Menschen glücklich versieht, und zwar auch durch eine Diktatur; allerdings nicht durch die Diktatur des Fürsten, sondern durch die Diktatur einer andern Klasse, nämlich die Diktatur des Proletariats. Das Kleid wechselt. Der neue aufgeklärte Despotismus trägt keine Krone auf dem Kopfe, er trägt die rote Mütze; aber die Gedanken, von denen dieser Kopf beherrscht wird, mit andern Worten, das System ist das alte: zwangsweise Glückseligmachung. Der sich aufgeklärte fühlende Sozialismus will, wie auch das Erfurter Programm besagt, alle Menschen glücklich machen: durch die Diktatur des Proletariats zur Glückseligmachung der Menschheit.“

Hiergegen wird der Vorwärts einwenden, daß er und seine Partei sowie die Regierung Ebert-Scheidemann von einer Diktatur nichts wissen wolle, daß es die Diktatur gerade sei, die er und seine Partei im Gegensatz zu dem „Alten System“ und den Spartakisten bekämpfe, daß er und seine Partei aus diesem Grunde genau wie die Parteien rechts von ihr die Nationalversammlung gefordert habe. Worauf vielleicht zu antworten wäre: weil sich der Vorwärts und seine Partei nur eine sozialistische Mehrheit in der kommenden Nationalversammlung vorstellen könne, fordere er und seine Partei die Nationalversammlung; im Gegensatz zu den Spartakisten erwarte er und seine Partei durch die Nationalversammlung die Einsetzung der Klassendiktatur durch Mehrheitsbeschluß, also auf gesetzmäßigem Wege. „Wer der legitime Bruder des bisherigen aufgeklärten Despotismus ist, wird in dem Augenblick, wo im weltgeschichtlichen Erbgang die Macht an ihn fällt, seinem Blute getreu, wieder zum aufgeklärten Despoten. Dem Gesetz des Blutes und der Konsequenz seiner Weltanschauung kann sich keiner entziehen, der ehrlich denkt. Danken wir der Spartakusgruppe, daß sie diese Ehrlichkeit besitzt, und daß Liebnecht den Mut hatte, sich zu seinen geistigen Blutsverwandten zu bekennen, nämlich denen Seydewitz.“

Gerlich geht noch weiter: „Nirgendwo haben die Mehrheitssozialisten erklärt, daß sie von ihrem Grundgedanken abgehen, eine einseitige Klassenpartei zu sein. Das Erfurter Programm spricht es klar aus, daß es die

Erlösung der Menschheit durch eine Herrschaft der Arbeiterklasse erwarte. Was die Unabhängigen von den Mehrheitssozialisten scheidet, ist die größere Ehrlichkeit und Konsequenz. . . . Der Bolschewismus der Spartakisten steht im Verhältnis zum Sozialismus (der Mehrheitssozialisten) wie der Mann zum Jüngling: er ist seine Keilform; nämlich der ernsthafteste Versuch der Verwirklichung jener vom Sozialismus seit einem halben Jahrhundert gepredigten einseitigen Klassenherrschaft: der Diktatur des Proletariats zur Glückseligmachung der Menschheit.“

Keine unberechtigten Verallgemeinerungen.

Die bedauerndwertigen Erscheinungen in unserem Wirtschaftsleben geben einem großen Teil bürgerlicher Kreise Veranlassung, ganz allgemein von den unvernünftigen, radikalen und verheerenden Arbeitern zu sprechen. Gewiß, die Vorgänge, wie wir sie — leider nicht vereinzelt — jetzt erleben, sind außerordentlich ernst und bringen das Wirtschaftsleben in Gefahr. Immerhin muß aber gesagt werden, daß nur ein Teil der deutschen Arbeiter sich seiner Pflicht gegenüber der Gesamtheit nicht bewußt ist. Die Spartakisten und ganz radikalen Elemente, welche nicht nur unverantwortliche Forderungen stellen, sondern auch mit brutaler Gewalt fortgesetzt wilde Streiks und Putzscharen inszenieren, sind eben nur ein Teil der deutschen Arbeiterchaft. Die fanatisierte und verheerende Gesellschaft braucht gegenüber Arbeitswilligen, dem größten Teil der Arbeiterchaft, rücksichtslos Gewalt und schreckt vor Blutvergießen nicht zurück. Die Erfahrungen bestätigen, daß diese Gewalttätigkeit nur mit Gewalt beseitigt werden kann. In erster Linie muß man deshalb der Regierung, welche zunächst für Ruhe und Ordnung zu sorgen und unsere schwer erschütterte Wirtschaft mit allen Mitteln zu fördern hat, den Vorwurf machen, daß sie nicht zeitig die Kraft und Entschlossenheit aufbrachte, mit der Gewalttätigkeit einer pflichtvergessenen und verheerenden Gruppe aufzuräumen. Mit Zureden, Ausrufen und Plakaten ist es nicht getan. Es muß zugegriffen werden.

Das ist die eine Seite der Sache. Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse darf man allerdings nicht vergessen, daß die vielen Ungerechtigkeiten während des Krieges, der rücksichtslos aufstrebende Kammerismus und die Gewinnjucht eine entgegengegesetzte Bewegung allerextremster Richtung ausgelöst haben. Aber der weitaus größte Teil der deutschen Arbeiterchaft denkt gesund genug, um einzusehen, daß das Vorgehen der radikalen Elemente, wenn nicht bald Einhalt geboten wird, uns trostlosen Verhältnissen entgegenführt und die ganzen Grundlagen unserer Volkswirtschaft vernichtet. Darum soll man nicht ungerne verallgemeinern und in einem Tone ganz allgemein von den unvernünftigen und verheerenden deutschen Arbeitern reden. Die Gewerkschaften aller Richtungen, insbesondere die christlichen Gewerkschaften, sind entschiedene Gegner der anarchischen Untertreibung eines Bruchstücks misleiteter deutscher Arbeiter. Die christlichen Gewerkschaften haben besonders scharf ihre Stimme gegen das unverantwortliche Treiben dieser Leute erhoben und werden hierin auch in Zukunft nicht nachlassen. Sie können, gemäß ihren Grundsätzen, auch gar nicht anders handeln. Hier muß aber auch betont werden, daß es jetzt bedeutend besser um den geordneten Gang des Wirtschaftslebens aussieht als früher dem Erstarken und der Arbeit der Gewerkschaftsbewegung nicht so viele Hindernisse in den Weg geleitet hätte. Die frühere Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung rächt sich jetzt bitter.

Im Zusammenhang mit den soeben gekennzeichneten Verallgemeinerungen stehen die Klagen über die Unrentabilität der Arbeiter und die übertrieben hohen Löhne. Auch hier wird wieder ungerecht verallgemeinert. Man erinnert sich unwillkürlich des steten Gemammers weiter Kreise während des Krieges über die zu hohen Löhne der Arbeiter. Allerhand „Schauernachrichten“ über die hohen Einkommen der Arbeiter gingen damals durch manche Tagespressen. Die Verteuerung der Lebenshaltung, die Tatsache, daß die Arbeiter, weil sie über nennenswerte Vorräte an Kleidung, Wäsche u. nicht verfügbaren, gezwungen waren, die schlechten und furchtbar teuren Ersatzstoffe und -waren zu kaufen, wurde meistens außer acht gelassen. Das gilt auch heute noch. Gewiß stellt ein Teil Arbeiter beschränkte Forderungen und hat

sich Löhne erzwungen, welche volkswirtschaftlich allerhöchst bedenklich sind, weil sie die Konkurrenzfähigkeit erschweren und den Warenpreis gewaltig erhöhen. Aber auch hier darf nicht verallgemeinert werden. Damit tut man einem großen Teil der Arbeiter bitter Unrecht. In vielen Gewerben haben die früheren Tariflohnsätze nur eine geringe Aufbesserung erfahren. Und erst die Textilindustrie. Hier hatten wir stets, im Verhältnis zu anderen Industrien, sehr niedrige Löhne. Auch jetzt ist es nicht anders. Es ist zwar gelungen, die Textilarbeiterlöhne zu steigern, aber von hohen Löhnen kann hier nicht im entferntesten die Rede sein. Die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, welche der Lohnsteigerung immer vorausging, wird in der Textilindustrie durch höhere Löhne bei weitem nicht ausgeglichen. In der Lohnfrage sind die Textilarbeiter Stiefkinder gegenüber manchen anderen Arbeitergruppen.

Das Lohnverhältnis in den Löhnen der Textilarbeiter im Vergleich zu anderen Arbeitergruppen kann und darf nicht so bleiben. Die gewerkschaftliche Organisation der Textilarbeiter hat zwar manche Erfolge zu verzeichnen und geht in den Lohnforderungen soweit, als es nach Lage der Dinge möglich ist; jedoch die Eigenart der Textilindustrie zieht gewisse Schranken und ermöglicht keine unbegrenzte Steigerung der Löhne. Schon seit Jahren leidet die Textilindustrie im allgemeinen ziemlich schwer. Von der Rohstoffzufuhr ist sie noch immer abgeschnitten. Ist der Bezug von Rohstoffen wieder möglich, steht sie wieder mitten in dem Konkurrenzkampf mit der ausländischen Textilindustrie. Eine wie die Textilindustrie auf Massenabjaß angewiesene Industrie kann umso erfolgreicher konkurrieren, je billiger der Warenpreis ist. Was die Zukunft der Textilindustrie bringen wird, wissen wir noch nicht. Viele Arbeitgeber befürchten, daß das Ausland uns nach Friedensschluß mit billigen Textilfertigungsmitteln überschwemmen wird. Wenn wir auch nun gerade nicht so schwarz sehen, so dürfen wir uns doch nicht der Erntennis verschließen, daß die Befürchtungen im Rahmen der Möglichkeit liegen.

Wenn die Befürchtungen eintreten sollten, würden sich die ohnehin nicht unerheblichen Schwierigkeiten noch außerordentlich vermehren. Der Wiederaufbau in der Textilindustrie stände dann vor ungemein großen Schwierigkeiten. Nun hört man wohl von den Schwierigkeiten der Industrie reden, aber von den Hören und schlechten Löhnen der Textilarbeiter spricht man recht wenig. Und doch ist es für die Textilarbeiter schließlich ein Ding der Unmöglichkeit, bei sehr teuren Lebensverhältnissen stets unter dem zu verdienen, was zur Fröschung der Lebensnotdurft unbedingt notwendig ist. Die Textilarbeiter können nicht dauernd als Stiefkinder der deutschen Arbeiterchaft in den Löhnen dastehen und dabei zu einem großen Teil physisch und moralisch aufs schwerste gefährdet werden. Hier liegt ein schwer zu lösendes Problem vor uns. Ist die Lösung auf dem Wege der Selbsthilfe allein nicht möglich, muß der Staat schließlich mit eingreifen und der Industrie und der Textilarbeiterschaft mithelfen.

Wir sind im „Eifer des Geistes“ mit den letzten Erörterungen etwas vom Thema abgewichen. Kommen wir auf den Kernpunkt zurück. Und da sagen wir nochmals: man soll nicht überreiben und ungerecht verallgemeinern. Es ist nicht wahr, daß die ganze deutsche Arbeiterchaft verheert ist, übertriebene Forderungen stellt und übertrieben hohe Löhne verdient. Die Kritiker mögen wohl bedenken, daß Verallgemeinerungen verbittern und verletzen. Sie verletzen insbesondere auch die Textilarbeiter, welche am allergeringsten unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden haben.

Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge.

Die Erwerbslosenfürsorge wurde bekanntlich schon während des Krieges, und zwar meist durch die Initiative unseres Verbandes, in vielen Städten und Gemeinden und vorwiegend dort, wo die Textilindustrie vertreten war, eingeführt. Als nun im November 1918 der plötzliche Zusammenbruch Deutschlands kam, der besonders auf wirtschaftlichem Gebiete recht trostlose Zustände im Gefolge hatte, sah sich das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung genötigt, die Einführung der Erwerbslosenfürsorge für alle Städte und Gemeinden des Deutschen Reiches anzuordnen (Verordnung vom 13. November 1918). Auf einen besonders wichtigen Passus dieser Verordnung sei an dieser Stelle hingewiesen. Dieser lautet: Die Fürsorge soll nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 14 Jahre alten Personen, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit sich in bedürftiger Lage befinden, gewährt werden. Auf Grund der Verordnung

mußten die Gemeinden die Erwerbslosenunterstützung einführen resp. weiter ausbauen. Dabei wurde mancherorts die tatsächliche wirtschaftliche Notlage der Erwerbslosen ungenügend berücksichtigt. Jede Gemeinde regelte die Angelegenheit nach ihrem eigenen Ermessen. Verschiedenartig sind demgemäß denn auch die Unterstützungsätze der einzelnen Gemeinden, daß sogar in abgetrennten Industriebezirken, wo auf Grund der wenig unterschiedlichen Kosten für den Lebensunterhalt, Einheitlichkeit in der Bemessung der Unterstützungen am Platze wäre. So ist von der einen Gemeinde ein Höchstmaß der zu beziehenden Unterstützung, unter Anrechnung des eventuell vorhandenen Familieneinkommens (Familienunterstützung), festgesetzt, während die andere Gemeinde jede erwerbslose Person, ob alleinlebend oder in der Familie lebend, nach festen Sätzen unterstützt. Hier genaueste Prüfung der Bedürftigkeit, dort Unterstützung jeder erwerbslosen Person nach einmal festgesetzten Sätzen, ohne Prüfung der Bedürfnisfrage. Dies Durcheinander hätte unstreitig vermieden werden müssen. Fürsicht man nach den Ursachen, so ist bald ersichtlich, daß das Ausbringen der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge eine große Rolle spielt. Während das Reich und der Staat fünf Sechstel der Unterstützungssumme tragen sollen, muß die Gemeinde das restierende ein Sechstel aufbringen. Wie steht die Sache jedoch augenblicklich in Wirklichkeit? Die Städte und Gemeinden erhalten trotz mehrmaliger Anforderung keine Mittel vom Reich und Staat und sind somit auf sich selbst angewiesen. Bei der nun herrschenden großen Arbeitslosigkeit ist es leicht erklärlich, daß die Gemeinden, die auch für sonstige Zwecke allerhand Mittel aufwenden müssen, in Zahlungsschwierigkeiten geraten können, falls nicht durch außerordentliche Maßnahmen der Stadtsäckel aufgefischt wird. Manche Städte und Gemeinden gehen denn auch schon dazu über, für das Rechnungsjahr 1918 eine ganz empfindliche Nachsteuer zu erheben.

In jüngster Zeit macht sich nun fast überall das Bestreben bemerkbar, die Erwerbslosenunterstützungsätze einer Neuregelung zu unterziehen. Soweit es sich hierbei darum handelt, die vielerorts vorliegenden unbilligen Mängel zu beheben, ist gegen diese Neuregelung nichts einzuwenden. Anders verhält sich die Sache, wenn dabei die Absicht vorliegt, die bestehenden Sätze heranzuziehen. Hier ist es Pflicht unserer Kollegen, die in den Erwerbslosenausschüssen tätig sind, dafür einzutreten, daß den arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen eine Unterstützung gewährt wird, womit sie ihren Lebensunterhalt auch wirklich bestreiten können. An mehreren Orten ist bei der Neuregelung der Bezüge für den Familienernährer und dessen Frau, oder einer dieser gleichgestellten Person (Haushalterin, Schwester oder Tochter, die den Haushalt führt) ein Unterstützungsatz in Höhe von M. 5,50 festgesetzt. Damit dürfte die Grenze des Unterstützungsatzes nach unten erreicht, wenn nicht schon überschritten sein. Wir möchten tatsächlich den Haushaltskünstler sehen, der es fertig bringt, mit weniger wie M. 33,— die Woche einen Haushalt von zwei erwachsenen Personen zu führen. Dabei muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß erstens unsere Arbeiter und Arbeiterinnen unverjährender Weise arbeitslos geworden sind, zweitens die Textilarbeiterlöhne auch während der Dauer des Krieges nicht die Höhe erreichten, um davon Spargroschen für spätere Zeiten zu erübrigen.

Eine andere Frage ist nun die: Sollen unsere Mitglieder, die Erwerbslosenunterstützung beziehen, auch regelmäßig ihre Verbandsbeiträge einrichten? Auch hierüber scheint nicht allorts Klarheit und Einheitlichkeit zu herrschen. Die Frage an und für sich ist mit einem entschiedenen Ja! zu beantworten. Das Zahlen der Beiträge liegt zunächst im Interesse der Mitglieder selbst. Wir verzweifeln nämlich nicht an Deutschlands Zukunft und erwarten nach Abschluß des Präliminarfriedens ein allmähliches Aufblühen unserer Industrie. Das uns fehlt sind Rohle und Kohlen. Der Bedarf an Textilprodukten ist infolge der langen Kriegsdauer so groß, wie es wohl seit Bestehen des Deutschen Reiches nicht der Fall war. Schon allein für den Inlandsmarkt bedürfte es von ungeheurer Mengen. Sobald der Vorfrieden abgeschlossen ist, werden wir, wenn auch anfangs in bescheidenem Maße, Rohstoffe, vor allem Baumwolle erhalten. Sobald aber eine gewisse Stabilität in der Beschäftigung der Textilindustrie eingetreten ist, ist auch für die Textilarbeiterschaft der Augenblick gekommen, wo sie ihren berechtigten Interessen Geltung verschaffen muß. Dann wird auch eine Generalversammlung des Verbandes einberufen werden müssen, die u. a. auch das Unterstützungsweisen wieder normalen Verhältnissen anpassen wird. Anspruch auf Unterstützung aber bedeutet pünktliche Entrichtung der pflichtgemäßen Beiträge. Es ist aber auch eine andere Aufgabe zu berücksichtigen. Die Löhne in der Textilindustrie entsprechen keineswegs den herrschenden Verhältnissen, sie sind andauernd viel zu gering. Sehr viele unserer Kollegen und Kolleginnen, die in der Textilindustrie beschäftigt sind, verdienen noch nicht einmal soviel, wie sie bei vollständiger Arbeitslosigkeit für sich und ihre Familienangehörigen an Unterstützung beziehen würden. Wenn trotzdem diese Mitglieder ihre Beiträge einrichten müssen, dann muß billigerweise verlangt werden, daß auch die Bezüge der Erwerbslosenunterstützung ihren Verpflichtungen dem Verbands gegenüber nachkommen. Dies ist eigentlich so selbstverständlich, daß nicht besonders darauf hingewiesen zu werden braucht und wird im allgemeinen auch demgemäß gehandelt. Falls aber hier oder dort Unklarheit darüber geherrscht haben sollte, dürfte diese hierdurch behoben sein. Verzeihen wir auch nicht, daß unser Verband durch die von der letzten Verbandsversammlung eingeführte Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in der jetzigen Zeit finanziell fast in Anspruch genommen wird, woraus für uns die Pflicht erwächst, im eigenen Interesse die Leistungsfähigkeit der Verbandskasse auf der Höhe zu halten, als kommt die Zeit, wo wir im Arbeitsverhältnis den Schatz des

bandes dringend benötigen, wo der Verband unsere Rechte und Interessen vertreten und verteidigen muß. Wir wahren unseren eigenen Vorteil, wenn wir es uns angelegen sein lassen, daß er dies dann auch unbehindert und unbehindert finanziell fast vollführen kann.

Allgemeine Rundschau.

Christliche Gewerkschaften und deutsche Nationalversammlung.

Zu die deutsche Nationalversammlung sind, soweit bis jetzt übersehbar, folgende 31 Kollegen aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften gewählt worden: Andre (Stuttgart), Beder (Berlin), Beder (Cöln), Frl. Behm (Berlin), Behrens (Bielefeld), Blank (Hildesheim), Ehrhard (Dattowitz), Gering (Karlsruhe), Giesberts (Berlin), Gilling (Bochum), Grunau (Breslau), Hagemann (Dsnabrück), Imbusch (Essen), Joos (W.-Stadbach), Knollmann (Posen), Koch (Eberfeld), Kreuz (Essen), Ollmert (Saarbrücken), Pief (Saarbrücken), Schiffer (Düsseldorf), Schirmer-Pasing bei München, Schlad (Cöln), Schümmer (Danzig), Schwarzer (München), Stegerwald (Cöln), Frl. Teuch (Cöln), Tremmel (Niederrhein), Wallbaum (Berlin), Wieber (Duisburg), Winnefeld (Arnsberg), Frl. Zettler (München). An engeren Freunden der christlichen Gewerkschaften wurden gewählt: Prof. Dr. Gize, Dr. Brauns und Lic. D. Mann.

Die in unserer Bewegung lebende Ideenvelt kann somit in der Nationalversammlung zu weit entscheidendem Ausdruck kommen, als das im deutschen Reichstag der Fall war. Wir dürfen uns davon ohne Ueberhebung eine Bereicherung des parlamentarischen Lebens versprechen. Nicht nur insofern, als wir bei unseren Kollegen ein starkes Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein voraussetzen dürfen, das man sonst im parlamentarischen Leben vielfach vermißt, sondern ferner auch deswegen, weil das starke Anklagen unserer Anschauungen einen frischen Zug in die bürgerlichen Parteien hineinbringen wird. Allen unseren Kollegen und Freunden seien an dieser Stelle zu der neuen Würde die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen!

Staatlicher Zwang zur Arbeit.

Das Reichsministerium hat unterm 15. Januar eine Verordnung erlassen, die eine ziemlich weitgehende Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge bringt. Der Kernpunkt der Verordnung liegt in folgenden Bestimmungen:

1. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einem anderen Ort gezogen sind, darf an diesem Ort eine Unterstützung nicht länger als insgesamt vier Wochen gewährt werden, auch wenn ihnen eine geeignete Arbeit nicht hat nachgewiesen werden können. Die gleiche Beschränkung gilt für die vorläufige vorübergehende Unterstützung von Kriegsteilnehmern (bisher war die Unterstützungsdauer nicht begrenzt worden). Die Unterstützung ist so lange nicht zu entziehen, als die Rückkehr in den früheren Wohnort tatsächlich unaufrührbar ist.
2. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, die Unterstützung zu verweigern oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen.
3. Die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung eintreten.

Keine vorzeitige Sozialisierung!

Eduard Bernheim, der zwar kein politischer Charakter, dafür aber ein guter Kenner unserer Volkswirtschaft ist, hat kürzlich in Berlin über Sozialismus gesprochen und widmete dabei auch der Sozialisierung der Wirtschaft eine eingehende Betrachtung: „Sozialismus — so nach der „Kreuzzeitung“ die Umgestaltung unserer Ausprägungen — ist die Summe der sozialen Forderungen der zur Erkenntnis und zu den Aufgaben ihrer Klasse gelangten Arbeiter. Er aber nicht eine Frage der Lohnarbeit. Dies wäre kein Klassenkampf, sondern ein Interessenkampf nicht der Allgemeinheit, sondern einer Gruppe. Er kann auch nicht mit einem Schlag erfüllt werden und muß sich vorbräutlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben hüten. Der Bundeskongress an die Wirkungskraft der Sozialisierung ist eine Bekräftigung der Schwierigkeiten. Eine so große Sache kann heute nicht in wenigen Wochen und Monaten durchgeführt werden. Wir sind im Gegenteil durch den Krieg zu einer Wirtschaftspolitik genötigt, wie sie ein armes Volk terribt. Würde man in der einen Million der großen und mittleren Betriebe — die übrigen zwei Millionen sind kleine Betriebe — Beamte an Stelle der Unternehmer stellen, so würde sich für den Arbeiter und die Gesamtheit nichts ändern. Wir werden ohnehin, wie Caprice jagt, Menschen hat Wasser ausführen müssen und wissen noch gar nicht, wozu unsere Arbeiter auszuwandern sollen. Ueberall schlägt ihnen das entgegen, da dürfen wir nicht Export und Import durch die plötzliche Sozialisierung einschränken. In einem guten Fabrikgesetz kann mehr Sozialismus stecken, als in einem staatlichen Unternehmen. Für uns, über den materiellen Interessen den Kampf der Ideen zu verzeihen.“

Es ist schon so: die Leute, die wirklich etwas verstehen von wirtschaftlichen Dingen, finden mehr wie ein Herz in der Sozialisierung; am liebsten schreiben danach die Agitatoren der Straße, die von keinerlei Kenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge besetzt, lediglich durch dröhnende Schlagworte auf die Massen wirken und dabei leider den größeren Schaden stiftet. Wehe den Arbeitern, wenn die Sozialisierung im Sinne dieser Phantasien vorgenommen würde! Darin können wir der Regierung nicht mit dieser Idee einstimmen, mühsellos zu

Der Niedergang des ober-schlesischen Wirtschaftslebens.

Die unaufhörlichen Streiks und die damit verbundene stark abnehmende Produktivität des Wirtschaftslebens drohen Oberschlesien in kurzer Zeit zum wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bringen. Der durch die Arbeitseinstellung und durch die verminderte Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters entstandene Kapitalverlust im ober-schlesischen Industriegebiet seit Ausbruch der Revolution wird, wie unser Breslauer Mitarbeiter hört, mit rund 275 Millionen Mark beziffert. Der Wert der in dieser Zeit weniger gebräuteten Rohle wird allein auf 120—150 Millionen Mark veranschlagt.

Reichsregierung und Konsumgenossenschaften.

Der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes hat an sämtliche Bundesregierungen Richtlinien über die Behandlung der Konsumvereine, die bis spätestens 15. März durchgeführt werden müssen, ergehen lassen:

Hierzu sollen alle Konsumvereine, die einen Jahresumsatz von 200000 Mark nachweisen, als Großfirmen behandelt werden.

Die zur Verteilung gelangenden Waren sind ihnen unter den gleichen Bedingungen und Preisen wie dem privaten Großhändler zu liefern.

Dem Konsumverein müssen alle von ihm vor und während des Krieges geführten und neu zur Verteilung gelangenden Gattungen von Waren von den Verteilungskellen überwiesen werden. Die Höhe der Zuteilung richtet sich nach der Zahl jener Mitglieder des Vereins, die für sich und ihren Familienangehörigen aus der eigenen Organisation die Waren beziehen wollen.

Für die Produktionsbetriebe, z. B. Bäckerei, müssen die Konsumvereine ebenfalls dergehalt mit Rohstoffen beliefert werden, daß alle Mitglieder die Produkte aus ihrem Verein entnehmen können. Auch die Großeinzelkaufgenossenschaften der Konsumvereine sollen bei den Bezugszentralen eingekauft werden.

Vorwärts.

Die christlichen Gewerkschaften haben in den letzten drei Monaten über 400000 neue Mitglieder gewonnen, so daß die Gesamtzahl weit mehr als 700000 beträgt. Ein erfreuliches Zeichen, welches uns in bezug auf den Bestand und die Verbekraft unserer Bewegung gekostet in die Zukunft blicken läßt.

Die verflochtenen Nationalwahlen zeigen auch den steigenden Einfluß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Ein große Anzahl christlicher Arbeiter und Arbeiterführer sind für die Nationalversammlung von den bürgerlichen Parteien aufgestellt und gewählt worden. So die Kollegen Behrens und Wallbaum von der deutsch-nationalen Volkspartei, Winnefeld und Koch von der deutschen Volkspartei, Pief von der demokratischen Volkspartei und Schiffer, Stegerwald, Wieber, Joos, Giesberts, Schlad, Ollmert, Kreuz, Imbusch, Beder, Gilling, Hagemann, Blank, Beder (Berlin), Schümmer, Ehrhard, Schirmer, Weizler, Tremmel, Andre, Gering und die Kollegen Teuch von der christlichen Volkspartei. Auch in die Nationalversammlungen der Einzelstaaten sind eine Anzahl Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gewählt.

In dieser Entwicklung spiegelt sich der Wandel der Zeit bezw. die Veränderung der Verhältnisse wieder. Die Arbeiterchaft ist im allgemeinen mehr zur Geltung gekommen. Für uns als christlich-nationale Arbeiterbewegung kommt es vor allem darauf an, den Einfluß, den sich unsere Bewegung bereits errungen hat, noch mehr zu verfestigen und zu vertiefen. Dies kann am besten dadurch geschehen, daß wir unermüdet für unsere Sache werben und agitieren. Nicht stille stehen! Lassen wir auch in der Arbeit für unseren Verband nicht nach. Die Entwicklung geht auch bei uns ständig aufwärts. Es müssen aber alle mitarbeiten, um die Aufwärtsentwicklung zu fördern. Vorwärts!

Unverständlich.

Es fehlt an Stoffen. Besonders aber fehlt es auch an Nähgarn, um die zerrissenen Sachen zu flicken und auszubessern. Dieweil die Hausfrauen die Hände ringen und sich nicht zu helfen wissen, erfährt man, daß die Nähgarnfabriken Garn in Hülle und Fülle haben, aber die behördlichen Verteilungsstellen das selbe nicht zum Abruf und zur Verteilung kommen lassen. Im „Konfektionär“ veröffentlichte nämlich der Warenhausbesitzer Althoff aus Münster eine geharnischte Beschwerde. A. war es nicht möglich, trotz monatelangen Verhandlungen mit der Zentralverteilungsstelle für baumwollene Nähfäden und Leinen Nähgarn, die bestellten Garne hereinzubekommen. Es ist nun außerordentlich bezeichnend, welche Antwort A. von den Nähgarnfabrikanten erhielt, an die er sich schließlich wandte.

Die Mechanische Zwirnerei in Heilbronn, vorm. C. Ackermann u. Co., Sommerheim, schrieb u. a.: „Latzache ist, daß die gesamten Verteilungsmengen in Höhe von mehreren Millionen Mark seit mehreren Monaten völlig verhandelt liegen. Immer und immer wieder werden die Verfügungs-termine hinausgerückt, weil angeblich die Kommunalverbände mit ihren Verteilungsplänen nicht fertig werden.“ Die Zwirnerei und Nähfadenfabrik Göppingen schrieb: „Wir sitzen seit Monaten auf einem nach Millionen von Rollen zählenden Lager, erleiden tagtäglich riesige Fimberverluste, für die wir in keiner Weise entschädigt werden, und dies alles, weil St. Viktorinus seine Verteilungsarbeiten noch nicht beendet hat. Erst in letzter Zeit scheint man in Berlin die gefährliche Situation erkannt zu haben und sich endlich zu der Verteilung von einigen Millionen Rollen aufgerafft zu haben, die schon vor sechs und mehr Monaten hätten bezogen werden müssen.“

Eine solche Wirtschaft kann nicht aufleben genug beurteilt werden. Wir gehören wohl nicht zu denjenigen, welche bei dem jetzigen allgemeinen großen Bedarf und dem verhältnismäßig geringen Angebot ohne weiteres in den Ruf miteinstimmen: „Fort mit aller Aktionierung, und her mit dem freien Handel!“ Jedoch muß man den behördlichen Verteilungsstellen allen Ernstes verlangen, daß sie vernünftig und im Interesse des gesamten Volkswohles arbeiten.

Mittel zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft.

In den Städten und Industriezentren große Arbeitslosigkeit. Demgegenüber fehlen in der Landwirtschaft, besonders auf den größeren Gütern und Höfen, tausende von Arbeitskräften. Die Gefangenen sind weg, und aus ländliche Arbeitskräfte zu beschäftigen wäre in einer Zeit, wo hunderttausende Industriearbeiter keine Arbeit haben, eine volkswirtschaftliche Verirrtheit.

Das Bestreben, arbeitslose Industriearbeiter in die Landwirtschaft zu überführen stößt aber auf erhebliche Schwierigkeiten. Es ist nicht nur das ungewohnte der Landarbeit und die um sich gegriffene Arbeitsunlust, welche hier hemmend in Betracht kommen, sondern vor allem auch die Tatsache, daß die Löhne in der Landwirtschaft zu niedrig sind. Vom Demobilisationsamt und die Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Reichsbauern- und Landarbeiterrates um Stellungnahme zu der Lohnfrage in der Landwirtschaft ersucht worden. Letztere war der Ansicht, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die landwirtschaftlichen Arbeiter den einzelnen Provinzen und in den Provinzen wieder den Kreisen zu überlassen sei. Daraufhin hat das Demobilisationsamt am 16. 1. 19 angeordnet, daß die für jeden unteren Verwaltungsbezirk gebildeten Kreis- (Bezirke und bezgl.) Bauern- und Landarbeiterräte für die Herbeiführung von Lohnvereinbarungen für die landwirtschaftlichen Arbeiter zuständig sein sollen. Die Vereinbarungen über die Lohnhöhe u. sollen den heutigen veränderten Verhältnissen Rechnung tragen. Bericht darüber ist sowohl dem Demobilisationsamt wie auch den Demobilisationsausschüssen einzusenden.

Man möchte wünschen, daß die Kreis-Bauern- und Landarbeiterräte von fortschrittlichem Geiste beseelt an die Aufgabe herangehen und Sätze und Bedingungen festsetzen, welche ausreichend und geeignet sind, arbeitslose Kräfte der Landwirtschaft zuzuführen. Bei dieser Frage handelt es sich vor allem auch um die Sicherung unserer Volksernährung.

Beschäftigungslosigkeit der Angehörigen.

Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen (Leipzig) schreibt uns:

Die Beschäftigungslosigkeit der kaufmännischen Angehörigen hat einen beachtlichen Umfang angenommen, daß alles vermieden werden muß, was geeignet ist, die Zahl der Beschäftigten noch zu steigern. Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig hat daher die zahlreichen Beschwerden aus Mitgliederkreisen zum Anlaß genommen, bei der Firma Krupp gegen die für den 1. April beabsichtigten Massenentlassungen vorstellig zu werden. Er hat dabei folgende Forderungen aufgestellt:

Die Entlassungen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, sowie bei der Auswahl der zur Entlassung Kommenden nicht schematisch, sondern nach sozialen Grundätzen zu verfahren; unbedingte Weiterbeschäftigung aller älteren und verheirateten Angestellten erforderlichenfalls durch Entlassung auch bereits vor dem Kriege eingetretener weiblicher Angestellter, die als „Hausfrauen“ usw. auf einen Erwerb nicht angewiesen sind; Bedienung vor Verheirateten und Weibliche unter gleichgeordneten Verhältnissen vor Männlichen zu entlassen; schließlich die Entlassungen auf einen größeren Zeitraum zu verteilen und nicht an einem Termin Massenentlassungen vorzunehmen.

Aus unserer Industrie.

Zur Lage der französischen Industrie.

In der Generalversammlung der Compagnie Française des Métaux am 12. 12. 18 machte laut Finanzbeiblatt der „Information“ vom 27. 12. 18 der Präsident Bessier unter anderem folgende Mitteilung: Unmittelbar nach dem Waffenstillstand kündigte der Staat alle Aufträge für Munition, hat uns aber dringend, keine Arbeiter zu entlassen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die soziale Tragweite dieser Maßnahme ist klar, ebenso klar sind aber auch die uns daraus erwachsenden Schwierigkeiten. Wir suchen eifrig Aufträge; aber in den Gegenden, die nicht vom Kriege betroffen wurden, wartet der Bedarf auf das Sinken der Preise; in dem befreiten Gebiet dagegen hat der Handel noch nicht begonnen. Die Transportfrage ist schlimmer als jemals, wir können unsere Erzeugnisse nur mit größter Schwierigkeit fortbewegen und bekommen Kohlen und Holz noch schwerer. In einzelnen Fabriken reichen die Kohlenvorräte nur 3-4 Tage. Man muß daher mit äußerster Anstrengung suchen, die Handelstätigkeit wieder so schnell zu beleben. Es ist selbstverständlich, daß wir uns über den Sieg freuen; aber die wirtschaftliche Wiedergeburt ist dringend, und sie muß gleichzeitig mit der der Verbündeten ins Werk gesetzt werden, noch vor derjenigen der Feinde. Nur, wenn dies schnell geschieht kann auch unsere Wirtschaft für das laufende Jahr ein gutes Ergebnis erhoffen.

Maßnahmen der französischen Industrie zur Bekämpfung des heimischen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt.

Die in London erscheinende „Iron and Coal Trades Review“ vom 20. 12. 18 berichtet aus Paris, daß dort zu Beginn des neuen Jahres die französischen Metall- und Kohlenbergwerkindustriellen zu gemeinsamer Beratung zusammentreten werden, um wirksame Maßregeln zur Bekämpfung des feindlichen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt zu ergreifen. Scharfe Bestimmungen zur Ausschaltung feindlicher Ausländer aus diesen Industrien — auch nach Friedensschluß — sind geplant. Ein erstes Ergebnis des vorläufiger Meinungsaustausches soll sein, daß sich belgische Industrielle schon bereit erklärt haben, sich den von den französischen Kollegen gefassten Beschlüssen anzuschließen.

Zur Frage der Hebergangswirtschaft in der englischen Industrie.

Ein Vortragsbericht der „Financial Times“ vom 2. 12. 18 führt folgendes aus: Der Lösung der Wiesenauflage der Hebergangswirtschaft in der Industrie von der Kriegs- zur Friedensarbeit haben sich die Fabrikanten mit einer Energie gewidmet, die verspricht, binnen kurzem nicht nur das Problem der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, sondern auch die Produktivität des Landes zu steigern. Sehr interessant sind in dieser Beziehung Ausführungen des Unterstaatssekretärs Kellaway dem Munitionsdirektorium, der Befürchtungen wegen ausgedehnter Arbeitslosigkeit für unbegründet erklärt und hofft, daß es nach vollendeter Umstellung Arbeit für alle Männer und auch die Mehrzahl der Frauen finden lassen werde.

Einige Beispiele schneller Umstellung, die nur auf sorgfältigen Plänen und weiser Voraussicht beruhen können, sind, daß von zwei Flugzeugfabriken, die zusammen 1000 Arbeitskräfte beschäftigten, die eine jetzt schwere Spielfachen und Möbel, die andere ausschließlich Möbel herstellt, daß eine Werkstofffabrik 5000 Arbeiter im Reformationsbau beschäftigt, eine andere die Herstellung von Ziegeln aufzunehmen wird, während wieder andere Kriegsmaterialfabriken sich der Herstellung von Feilen, Federn, Metallvergeräten, eisernen Ventilen, Kraftwagenbestandteilen, Drehbänken usw. zugewandt haben. Eine Anzahl von Firmen widmet sich der Herstellung von Gegenständen, die vor dem Kriege ganz oder größtenteils eingeführt wurden, z. B. Sägen-Separatoren, Schreibmaschinen, Küllfedern, Strumpfbandhaltern, Korsettstahl, Strickernebeln, Zinngeräten.

In einer anderen Rede ist Kellaway so weit gegangen, zu sagen, daß „England nicht nur in solchen Zweigen der Industrie, in denen es an der Spitze stand, seine Stellung behalten hat, sondern jetzt in fast allen Zweigen den ersten Platz in der Welt einnimmt“. Das ist eine sehr weitgehende Behauptung, und nur die Erfahrung kann sie bewahrheiten; aber jedenfalls hat Kellaway einige Einzelheiten angeführt, die beweisen, daß England in einigen wesentlichen Dingen jetzt unabhängiger ist als bei Kriegsbeginn. Dahin gehört die Wolfram-Gewinnung, die Herstellung von Maschinenwerkzeugen, die Fabrication wissenschaftlicher und optischer Gläser, deren Mangel England beinahe den Krieg verkürzt hätte.

Das Blatt warnt freilich vor allzu selbstgefälligem Optimismus, hält aber die Erfüllung solcher Prophezeiungen nicht für ausgeschlossen, wenn man sich gegen hinterlistigen deutschen und österrömisches Wettbewerbs genügend wappne, für gehörige Finanzierung des Außenhandels und guten Konsulatsdienst Sorge, sowie übermäßige Arbeitsbeschwerden und zu schwere Besteuerung zu vermeiden wisse.

Aus unserer Bewegung.

Aus unseren Bezirken.

Aus dem Bezirk W. Stadbach.

Zur Förderung des sozialen Friedens trägt das Verhalten einzelner Textilindustriellen in unserem Bezirk gegenüber berechtigten Arbeiterwünschen in der letzten Zeit gerade nicht bei. Trotz der noch im allgemeinen herrschenden großen Arbeitslosigkeit versuchten, soweit bis jetzt bekannt, zwei Unternehmungen wieder die zehntägige Arbeitszeit einzuführen. In einem dieser Betriebe wurde der Arbeiterschutz vollständig übergangen. Schon in normalen Zeiten ist dieses gegen allen herkömmlichen Brauch, aber in einer Zeit wie der gegenwärtigen, werden durch solche einseitig getroffenen Maßnahmen die Arbeiter nur unnötig verbittert. Dafür sind doch die Arbeiterschutzschüsse gebildet worden, damit sie bei Änderungen der Arbeitsordnungen, ganz besonders aber bei solchen tief einschneidenden Maßnahmen, zum mindesten gehört werden. Und der Achtstundenarbeitstag ist doch für unseren Industriebezirk auf Grund von gemeinsam getroffenen Abmachungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften allgemein eingeführt worden.

Auch die Frage der Vergütung für schlecht zu verarbeitendes Material gibt in einigen Betrieben zu berechtigten Klagen Anlaß. In den allermeisten der hier getroffenen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sind auch Bestimmungen über Vergütungen für schlecht zu verarbeitendes Material enthalten. Darüber setzt sich nun aber ganz besonders eine Firma hier am Plage hinweg. Diese Firma, die laut früher getroffenen Abmachungen sich verpflichtet hatte, solche Vergütungen zu zahlen, wird doch wohl im Ernst nicht glauben wollen, daß sich die Arbeiterchaft das ruhig gefallen lassen müßte, weil augenblicklich der allergrößte Teil der hiesigen Textilbetriebe leider wenig oder gar nichts zu tun hat? Nein, Bezüge müssen gehalten wer-

den, ob nun der Geschäftsgang ein flotter ist oder ob er, wie zur Zeit, stockt.

Ein ganz trauriges Kapitel ist aber das über die Behandlung der Arbeiterchaft in einem hiesigen Textilbetriebe. Wiederholt soll es dort vorgekommen sein, daß, wenn Arbeiter vorstellig wurden wegen der völlig unzureichenden Beheizung des Arbeitsraumes, man diesen Arbeitern es freigestellt hat, sich den Kof anzuziehen und nach Hause zu gehen. Dabei soll den betreffenden Arbeitern erklärt worden sein, daß man jetzt schon genügend Arbeitskräfte erhalten könnte. Warum diese vollständig überflüssige Betonung eines traffen Machtpunktes? Wenn wir auch durchaus nicht verkennen wollen, daß infolge des Kohlenmangels bald alle industriellen Unternehmungen kaum in der Lage sind, zu kalkulieren und die Betriebe notwendig aufrecht zu erhalten, so müssen wir es doch lebhaft bedauern, daß man in der oben geschilderten Weise Arbeiter, die viele Jahre zur vollsten Zufriedenheit der Firma gearbeitet haben, begeht. Würden die höheren Angestellten in einem solchen Betriebe nur ahnen, wie sie durch Bemerkungen dieser Art das Vertrauen der Arbeiterchaft zum Unternehmertum erschüttern, würden sie in ihren Antworten gegenüber langjährigen Arbeitern etwas milderer sein.

Bellagenswert und bedauerlich im Interesse des notwendigen sozialen Friedens war auch in den letzten Wochen in zwei Fällen die Ablehnung von Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften durch die Arbeitgeber. In Zeiten höchster Not wie gegenwärtig sollte kein Mittel zum Zwecke einer Verkündung zwischen Unternehmern und Arbeitern unbenutzt gelassen werden. Ganz Deutschland hat sich in den letzten umwälzenden Wochen doch letzten Endes als das Land erwiesen guten Willens bewiesen. Durch die Arbeitsgemeinschaft, einer Vereinbarung zwischen den Unternehmerverbänden einerseits und den Zentralen der großen gewerkschaftlichen Richtungen andererseits, sind die Gewerkschaften endgültig als das anerkannt worden, was sie praktisch lange vorher schon waren: als die berechtigten Vertreter der Arbeiterchaft. Damit sind die ungeheuren Aufgaben, die mit dem Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens verbunden sind, auf die Schultern jener gestellt worden, die dazu ihrer Natur und ihrer geschichtlichen Entwicklung nach einzig berufen sind: auf die Schultern der Unternehmer- und Arbeiterverbände. Auch in unserm Industriebezirk wird und muß sich die Arbeitsgemeinschaft noch segensreich beim Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens betätigen.

Wir erklären uns zur Mitarbeit in diesem Sinne von Herzen bereit.

Aus dem Dorndorfschlaf erwacht ist nun endlich auch der größte Teil der Arbeiterchaft der Vereinigten Glasstofffabriken in Oberbruch. Wir entbieten dem neuen Zweig am großen Baume unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung hiermit herzlichsten Willkommengruß. Möge das schon kräftig gewordene Reis sich noch mehr entfalten und zum Segen der Arbeiterchaft erstarren und sich ausbreiten.

Alle Mitarbeiter der hier in Frage kommenden drei christlichen Arbeiterberufsverbände, Vorstandsmitglieder, Vertrauenspersonen und Arbeiterausschussmitglieder hatten sich am Freitag, den 31. Januar, nach Arbeitschluß im Lokal zur Post zu einer Vertrauenspersonenkonzferenz vollständig eingefunden. Es waren aber auch begeisterte Anhänger unserer christlichen Gewerkschaftsarbeit. Die Verhandlungen wurden vom Sekretär des christlichen Bauarbeiterverbandes, Kollegen Preuß aus Drefeld, eröffnet, der in der Begrüßungsansprache seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß von den Versammelten in den letzten Wochen mit vorbildlichem Eifer und unermüdblichem Fleiß für die Ausbreitung des Gewerkschaftsgedankens gearbeitet worden sei.

In einer längeren gut durchdachten Rede führte dann der Bezirksleiter unseres Verbandes, Kollege Müller aus W. Stadbach, die Teilnehmer in das Wesen der christlichen Gewerkschaften ein und machte sie mit den Grundlagen der Bewegung bekannt. Im Schlußteil der Rede wurden die Aufgaben der Vorstandsmitglieder, Vertrauenspersonen und Arbeiterausschussmitglieder dargelegt und vor allem nachdrücklich die soziale Schulung und Belehrung aller Mitglieder in führender oder fördernder Stellung empfohlen. Des Weiteren wurde auch vom Referenten nachgewiesen, daß, um die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung erfüllen zu können, Untervorbereitung der Person unter die Sache unter allen Umständen erforderlich wäre. Ferner opferfreudiger Idealismus und selbstlose Hingabe an die Sache der Arbeiter, besonders durch die Vertrauenspersonen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Diese sollten sich durch bittere Enttäuschungen, die ihnen von kurzfristigen Elementen in der Arbeiterchaft womöglich noch bereitet werden könnten, nicht irren machen lassen. Die Vertrauenspersonen, die keine Zeitungssträger, sondern Geistessträger in der Bewegung seien, müßten die Arbeitermassen mit den Geisteskräften unserer Bewegung vertraut machen. Es genüge noch lange nicht, man an der Spitze einer Armee ein tüchtiger Heerführer stünde, sondern diese Armee brauche auch einen zahlreichen Stab von geschulten Offizieren und Unteroffizieren. Das wären in der Gewerkschaftsbewegung die Vorstände und Vertrauenspersonen. Diese müßten vor allem bei der Anwerbung neuer Mitglieder immer und immer wieder auf die hohen sittlichen Ideale der christlichen Weltanschauung im Gegensatz zum materialistischen Sozialismus hinweisen. Die Hauptfrage wäre und bliebe immer, daß die Vertrauensleute aus Idealismus sich im praktischen Leben betätigten durch Solidarität, persönliche Hingabe für die Gesamtheit, Arbeitsfreudigkeit nicht für Lohn in klingender Münze, sondern um der Sache willen. Es geht, unbekümmert um die zu überwindenden Hindernisse, mit eiserner Willenskraft das einmal begonnene Werk zu Ende.

zuföhren und zu vollenden. Für diese gemeinsame Sache müßten insbesondere alle Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen jederzeit bereit sein, ihr ganzes Können und Wollen einzusetzen.

Das Wollen ist das Fundament, für all dein Tun und Lassen, Drum sei das erste, das du suchst, Den rechten Voratz fassen. Und ist dein Wollen gut bestellt, Willst du nur Schönes, Gutes, Dann frisch an das beschlossene Werk Und wirke frohen Mutes.

Mit diesen eindrucksvollen Dichtervorten schloß Kollege Müller seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach Dankesworten des Kollegen Preuß nahm die sehr anregend verlaufene Konferenz ihren Abschluß. Ein bereit gehaltener Posten sozialer Literatur, die im Vortrag besonders zum Studium empfohlen worden, war im Augenblick unter den Versammelten abgesetzt, sodas eine große Anzahl Mitglieder auf die nächste Gelegenheit zum Anlaufen sozialer und beruflicher Werte vertröstet werden mußte.

Zu den in führender oder fördernder Stellung befindlichen Mitgliedern unserer noch jungen christlichen Gewerkschaftsbewegung in Oberbayern haben wir jetzt das feste Vertrauen, das der ihnen zur Zeit innewohnende Idealismus und Arbeitselster dieser Gründungszeit noch recht lange anhalten wird. Die Konferenzteilnehmer stellen als Träger der Bewegung gewissermaßen den Kopf und das Knochengerißt der Bewegung dar. Sie sind das Bindeglied, die stets frisch pulsierenden Adern im Organisationskörper, die immer wieder die Lauen und Wankelmütigen aufrichten und ermuntern. Die Parole muß jetzt und in der Zukunft lauten: Standhalten, und mit Fleiß und Geduld Erziehungsarbeit im Dienste der Gesamtheit verrichten, umso größer werden dann die Fortschritte und Erfolge unserer Gewerkschaftsbewegung zum Wohle der Arbeiterchaft der Glanzstofffabriken im Oberbayern sein.

Bezirk Bocholt-Münster.

Die Vernunft hat gesiegt. Neben den Gewaltigen der Metall-, Berg- und Hüttenindustrie waren es wohl die münterländischen Textilindustriellen, die sich mit aller Macht gegen die Anerkennung der Gewerkschaften als die berechtigten Vertreter der Arbeiterinteressen gestäubt haben. Obgleich selbst im Arbeitgeberverband vereint, glaubten sie der Arbeitern das Recht auf Zusammenschluß verwehren zu müssen. Nach Stumm'schen Rezept vermeinten sie über die Textilarbeiterchaft herrschen zu dürfen. Das beweisen die uns aufgezwungenen Ausperrungen, die samt und sonders hätten vermieden werden können, wenn die Arbeitgeber nur das geringste soziale Verständnis bekundet hätten. Während der Kriegszeit konnten wir zwar bereits beobachten, wie sich ein Umschwung in der Bewertung unserer gewerkschaftlichen Organisation bemerkbar machte. Heute können wir die Tatsache registrieren, daß die münterländischen Textilindustriellen den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, vollends ihren alten Herrenstandpunkt aufgegeben haben. Spät, reichlich spät zwar ist die Einsicht gekommen. Doch warum noch länger mit der Vergangenheit rechten.

Am 8. Januar ds. Js. kam eine Vereinbarung der Textilarbeiterorganisationen mit der münterländischen Fabrikantenvereinigung zustande, die unter anderem zur Vermeidung von Streiks und Ausperrungen ein Schlichtungsverfahren vorsieht, das nachahmenswert ist.

Die neue Vereinbarung der Bocholter Textilarbeiterchaft mit der Fabrikantenvereinigung sei nachstehend mitgeteilt:

1. Die Betriebe erklären sich bereit, die Affordlöhne so festzusetzen, daß der durchschnittlich befristete und fleißige Arbeiter folgenden Löhne bei achtstündiger Arbeitszeit erreichen kann:

Table with columns for age groups (über 21 Jahre, von 18-21 Jahre, 16-18, unter 16 Jahre) and marital status (verheiratet, unverheiratet), with separate columns for men (männlich) and women (weiblich) wages.

Die obige Zulage von M. 1,- für Verheiratete wird nur dann gezahlt, wenn der Mann oder die Frau alleinige Ernährer der Familie sind.

2. Für die Festsetzung der Affordlöhne ist das Ergebnis zweier Lohnperioden von je 14 Tagen abzuwarten. Stellt sich dann heraus, daß die Affordlöhne nicht ausreichend waren, um die oben vorgesehenen Sätze zu erreichen, so müssen die Affordlöhne entsprechend erhöht und der Unterschied im Verdienst nachbezahlt werden unter bevorzugter Berücksichtigung einzelner Arbeiter, die besonders benachteiligt sind. Hierüber entscheidet in Streitfällen eine Kommission, bestehend aus dem Arbeitgeber, dem Obermeister, dem Obmann des Arbeiterausschusses oder deren Stellvertreter und einem sachverständigen Arbeiter, den der Arbeiterausschuß bestimmt.

Stellt sich aber heraus, daß die Affordlöhne mehr als 10% über die vereinbarten Lohnsätze hinausgehen, so können sie für die folgende Lohnperiode entsprechend ermäßigt werden. Nicht mehr leistungsfähige Arbeiter und Javaniden dürfen bei der Festsetzung der Lohnsätze nicht in Berücksichtigung gezogen werden. Ob ein Arbeiter

nicht mehr leistungsfähig und invalide ist, entscheidet in Streitfällen die oben genannte Kommission.

3. Für Vorarbeiter, Stuhlmeister, Abteilungsmeister und Tagelöhner, die als Qualitätsarbeiter angesehen werden müssen, wie Schlichter, Bäumer, Scheerer, Handwerker usw. werden die Lohnsätze so gesetzt, daß dieselben mit den höchstentlohnten Affordarbeitern gleichgestellt sind. Tagelöhner, welche als Scheererarbeiter zu betrachten sind, wie Heizer usw. sind den Qualitätsarbeitern gleichzustellen.

4. Für Platzarbeiter und sonstige Tagelöhner die als Hilfsarbeiter in Frage kommen, dürfen bis zu 15% niedrigere Löhne, als die Qualitätsarbeiter erhalten, gezahlt werden.

5. Dieses Abkommen tritt am 3. Februar 1919 in Kraft. Es ist für die Ueberanzzeit gültig und läuft auf unbestimmte Zeit mit vierwöchentlicher Kündigung.

6. Die Arbeitszeit beträgt vorbehaltlich anderweitiger Regelung zwischen dem Verb. Münterl. Text.-Industrieller und den Textilarbeiter-Verbänden 48 Stunden pro Woche und versteht sich rein netto ohne Abzug aller Pausen.

Bezirk Bayern und Württemberg.

Alte und neue Welt, so darf man den gegenwärtigen Zustand für den Uebergang vom Krieg zum Frieden überschreiben. Kein Mensch in ganz Deutschland, selbst nicht der allerrevolutionärste Sozialdemokrat hätte sich träumen lassen, daß der vierjährige gewaltige Widerstand Deutschlands gegen eine Welt von Gegnern in einem solchen Chaos enden würde, wie wir es jetzt vor uns haben. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wurde in der Nacht auf den 8. November in München, der Hauptstadt Bayerns, von ein paar hundert Leuten - die aber umso mehr Geschrei erhoben haben - der alte bayerische Staat gestürzt. Ein Herr Eisner aus Berlin, von Beruf Journalist, von Bekenntnis Jude, nach dem Urteil des Vorwärts ein vollständig unfähiger Kopf, regiert jetzt noch im alten christlichen Bayern. Darüber natürlich großer Jubel im ganzen Soziallager und gerade, als ob sie schon ahnten, daß ihre Herrlichkeit nicht lange dauern würde, suchten sie mit der ihnen zu Gebote stehenden Gewalt ihre Ideen zum Durchbruch zu bringen, ohne Rücksicht darauf, daß sie ihre seitherige Lehre von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ direkt mit Füßen treten. Jetzt in dieser Zeit kam erst recht der alte sozialdemokratische Grundsatz zur Anwendung, der da lautet: „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!“ In fürchterlich unmenschlicher Weise wird die radikal fanatisierte Meute gegen alle Andersdenkenden gehetzt. Alles, so heißt es, müsse sozialistisch organisiert sein, außerdem gebe es weder Arbeit noch Brot.

Etwas Gutes aber hat diese Gewaltregierung und diese Gewalttheze doch. Aufgerüttelt werden jetzt alle diejenigen, die seither den „Schlaf des Gerechten“ über sich haben ergehen lassen. Ja, wir können sogar die Behauptung aufstellen, daß die Herrschaften im Soziallager, ausgerechnet durch ihren Terrorismus, wenn auch ohne es zu wollen, für uns arbeiten. Diejenigen in der Arbeiterchaft, welche noch imstande sind, sich ein vernünftiges Urteil zu bilden, fühlen sich unter allen Umständen abgehoben von solchen Menschen, die sich derart unmenschlich gebärden. Dazu kommt noch, daß ein Vertreter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in einer öffentlichen Textilarbeiterversammlung in Augsburg erklärt hat, die freien Gewerkschaften seien eine sozialistische Weltanschauung! Nach diesem öffentlichen Geständnis kann die Scheidung der Geister nicht mehr schwer fallen. Gewissensvollerweise können wir nun heute berichten, daß bei dieser Scheidung ein ganz gewaltiger Ruckstrom zu den christlichen Gewerkschaften und insbesondere zu unseren Verbänden zu verzeichnen ist. Der Mitgliederstrom an fast allen Orten ist so stark, daß die Arbeit von den leitenden Personen kaum bewältigt werden kann. In Augsburg, der Metropole der bayerischen Textilindustrie, waren es vor allem die Herren Arbeitgeber, welche, dem Zuge der Zeit folgend, in einer gemeinsamen Sitzung mit den Gewerkschaftsführern die Erklärung abgegeben haben, in Zukunft die Arbeiterführer als die berechtigten Vertreter der Arbeiterchaft anzuerkennen und alle Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses mit denselben zu regeln. Ein weiterer großer Fortschritt ist die Auflösung der gelben Werkvereine. Damit ist auch der gewaltige Druck in den Betrieben, der offen oder versteckt gegen die Gewerkschaften ausgeübt wurde, gefallen. Die Wahn ist also frei für die gesamte Arbeiterchaft zum Anschluß an die gewerkschaftlichen Organisationen. Mit großem Fleiß arbeiten unsere Vertrauensleute an der Gewinnung neuer Mitglieder, so daß die Mitgliederzahl vielerorts verdoppelt und verdreifacht worden ist. Das gilt nicht nur für Augsburg, sondern besonders auch für das bayerische Allgäu in Mempten, Immenstadt, Waichach, Küssen und Kaufbeuren. In Gänzburg wurde eine neue Ortsgruppe gegründet, die heute schon stärker ist wie die frühere. Besonders gute Fortschritte sind auch gemacht worden in Württemberg. Neue Ortsgruppen mit 100 und 200 Mitgliedern haben sich gebildet, so daß es wirklich eine Freude ist, die Ortsgruppen zu besuchen, und lobenswert ist der lebendige Geist, der diese Gruppen beherrscht. Mühe dort in jenen Gruppen, wo bis jetzt weniger geheißen ist, derselbe gute Geist einzubringen, an allen Orten immer neue Mitarbeiter sich zur Verfügung stellen, dann kann es um die Zukunft der Textilarbeiterchaft im allgemeinen und um unsere christliche Arbeiterbewegung nicht schlecht bestellt sein.

Literarisches.

„Die Organisation der Heeresentlassenen.“ Die unter diesem Titel erschienene Schrift des Verbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer ist die einzige in der bisher vorliegenden Literatur der Kriegsbeschädigtenbewegung, welche einen objektiven Ueberblick über das Organisationswesen der Heeresentlassenen, insbesondere der Kriegsbeschädigten und über die Tendenzen dieser Organisationen bietet. In der jetzigen Zeit der Heimkehr der Krieger gewinnen die Darstellungen der Schrift erhöhte Bedeutung. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pf. Sie ist im Verlage von Otto Rippel, Hagen i. W., erschienen und kann durch alle Buchhandlungen und direkt von der Reichsgeschäftsstelle des obengenannten Verbandes in Berlin SW. 68, Kochstraße 9, bezogen werden.

Ehren-Tafel.

Es starben den Heldentod: Hermann Maden-Newerl, Conrad Gillib- u. M. Glabach-Hermges, Johann Zimmermann M. Glabach-Blumenberg, Friedrich D. Ivath, M. Glabach-Hardterbroich. Wir wollen ihre Andenten in Ehren halten!

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Heinrich Heyer-Schiefbahn, Maria Adams-Bierlen, Anton Keggel-Bregell, Johann Mertens-Bierlen, Mathias Lindacker-Grefrath, Peter Wilhelm Bernarbs-Grefrath, Frau Peter Holz-Schiefbahn, Hubert G. Bregell, Wilhelm Schmitter-Bierlen, Wilhelm Sip-Schästel, Egidius Hölters-Dornbach, Elisabeth Fietzen-Anrath, Peter Frings-Bierlen, Hubert Schotes-Bierlen, Peter Lenten-Kreißel, Johann Janzen-Bregell, Jakob Lenten-Kreißel, Karl Beyers-Anrath, Friedrich Eidel-Schwegberg, Franz Jacobs-M. Glabach-Waldhausen, Wilhelm Janzen-M. Glabach-Blumenberg, Michael Giesen-M. Glabach-Blumenberg, Peter Neuenhaus-M. Glabach-Eiden, Lorenz Schmitz-Kreißel, Peter H. Hagenbusch-M. Glabach-Eiden, Heinrich Ohlerhoff-M. Glabach-Blumenberg, Joseph Thoneit-Bregell, Heinrich Doves-Hüs, Karl Bennen-Giesentirchen, Erwin Diewald-Schöna, Robert Kalthöfer-Blombach, Johann Kemmer-Keitenis, Frieda Weißhaar-Brombach, Ernst Klantenagel-Sarum, Maria Mad. M. Theodor Hendrich-Kaltenkirchen, Joseph Emonds-Baals, Robert Gadenbrach-Barmen, Berthold Hoffmann-Forst, Josef Brandner-Neugersdorf, Albertine Luz-Sahr, Melchior Zunkeller-Krenbach, Anton Pitsch-Baals, Anna Herling-Ettlingen, Anna Schmitz-Schwabmünchen, August Nietlich-Sorum, Peter Lietz-Grosheim, Pet. Jol. Kurrh-Stogheim, Josef Leuterer-Kaufbeuren, Gustav Kurrh-Dahlhausen, Sabine Wegerer-Füssen, Josef Rinke-Neustadt (D. Schl.), Karl Hille-Neustadt (D. Schl.), Berta Meiser-Spremsberg, Johann Engels-Düren, Gustav Drowers-Barmen, Bernhard Wallmeier-Greven, Karl Seil-Lothna, Luise Wegel-Schöna, Wilhelm Dummer-Barmen, Regina Pechstein-Wehr, Frau Bayer-Schießel, Jakob Ludwig-Eupen, Frau Peter Rodel-Eupen, Robert Dug-Eupen, Josef Mollenber-Eupen, Theodor Asemann-Langerfeld, Georg Josef Riesen-Grefrath, Wenzel Kusjizka-Füssen. Ihre ihrem Andenten!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Welchen Weg zeigt die Sozialdemokratie? - Keine unberechtigten Verallgemeinerungen. - Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge. - Allgemeine Rundschau: Christliche Gewerkschaften und deutsche Rationalverwaltung. - Staatslicher Zwang zur Arbeit. - Keine vorzeitige Sozialisierung! - Der Niedergang des oberirdischen Wirtschaftslebens. - Reichsregierung und Konsumgenossenschaften. - Vorwärts. - Unerschöpflich. - Mittel zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft. - Reichhaltigkeitslosigkeit der Angehörigen. - Aus unserer Industrie: zur Lage der französischen Industrie. - Maßnahmen der französischen Industrie zur Bekämpfung des deutschen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt. - Zur Frage der Ueberangewirtschaft in der englischen Industrie. - Aus unserer Bewegung: Aus unseren Bezirken: Aus dem Bezirk M. Glabach, - Bezirk Bocholt-Münster. - Bezirk Bayern und Württemberg. - Literarisches. - Ehren-Tafel. - Sterbetafel.

Jeder Textilarbeiter
Jede Textilarbeiterin

muß Mitglied unseres Verbandes werden.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. Müller, Krefeld.